

# Inhaltsverzeichnis

Seite

## Band 1

### Verzeichnisse

Abkürzungsverzeichnis . . . . .	1
Verzeichnis der Rundschreiben, Runderlasse, Erlasse und Schreiben mit Fundstellenangabe . . . . .	17
Verzeichnis der Gerichtsentscheidungen mit Fundstellenangabe . . . . .	33

### Teil A

#### Texte der Rechts- und Tarifvorschriften

#### I.

#### Reisekostenrecht

1. Bundesreisekostengesetz (BRKG) vom 26. Mai 2005 (BGBl. I S. 1418)	
Gesetzestext . . . . .	1
Änderungshistorie . . . . .	9
2. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundesreisekostengesetz (BRKGVwV) vom 1. Juni 2005 (GMBL. S. 830)	
Text der Verwaltungsvorschrift . . . . .	1
Änderungshistorie . . . . .	22
3. Verordnung über die Reisekostenvergütung bei Auslandsdienstreisen (Auslandsreisekostenverordnung – ARV) vom 21. Mai 1991 (BGBl. I S. 1140)	
Verordnungstext . . . . .	1
Änderungshistorie . . . . .	6

## Inhaltsverzeichnis

---

4.	Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Neufestsetzung der Auslandstage- und Auslandsübernachtungsgelder (ARVVwV) vom 2. Oktober 2020 (GMBL. S. 959)	
	Text der Verwaltungsvorschrift . . . . .	1
	Änderungshistorie . . . . .	13

### II.

#### Trennungsgeldrecht

1.	Verordnung über das Trennungsgeld bei Versetzungen und Abordnungen im Inland (Trennungsgeldverordnung – TGV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juni 1999 (BGBl. I S. 1533)	
	Verordnungstext . . . . .	1
	Änderungshistorie . . . . .	9
2.	Auslandstrennungsgeldverordnung (ATGV) vom 27. Juni 2018 (BGBl. I S. 891)	
	Verordnungstext . . . . .	1
	Änderungshistorie . . . . .	11
3.	Richtlinie über die Zahlung einer Aufwandsentschädigung an Bundesbeamte in Fällen dienstlich veranlasster doppelter Haushaltsführung bei Versetzungen und Abordnungen vom Inland ins Ausland, im Ausland und vom Ausland ins Inland (AER) vom 15. Dezember 1997 (GMBL. 1998 S. 26) in der Fassung der Änderung vom 29. März 2000 (GMBL. S. 374)	
	Text der Verwaltungsvorschrift . . . . .	1
	Änderungshistorie . . . . .	12

### III.

#### Tarifvorschriften

1.	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) – Allgemeiner Teil – vom 13. September 2005 ( <i>Auszug</i> )	
2.	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) – Besonderer Teil Verwaltung – (BT-V) vom 13. September 2005 ( <i>Auszug</i> )	

## Inhaltsverzeichnis

---

3. Tarifvertrag für Auszubildende des öffentlichen Dienstes (TVAöD) – Allgemeiner Teil – vom 13. September 2005 (*Auszug*)
4. Tarifvertrag für Auszubildende des öffentlichen Dienstes (TVAöD) – Besonderer Teil BBiG – vom 13. September 2005 (*Auszug*)
5. Tarifvertrag für Auszubildende des öffentlichen Dienstes (TVAöD) – Besonderer Teil Pflege – (TVAöD-Pflege) vom 13. September 2005 (*Auszug*)
6. Tarifvertrag für Studierende in ausbildungsintegrierten dualen Studiengängen im öffentlichen Dienst (TVSöD) vom 29. Januar 2020 (*Auszug*)
7. Tarifvertrag für Praktikantinnen/Praktikanten des öffentlichen Dienstes (TVPöD) vom 27. Oktober 2009 (*Auszug*)
8. Richtlinie des Bundes zur Beschäftigung von Praktikantinnen und Praktikanten (Praktikantenrichtlinie Bund) vom 1. Januar 2015 (*Auszug*)
9. Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen von Beschäftigten des Bundes, die Tätigkeiten in der Waldarbeit ausüben (TV-Wald-Bund) vom 30. August 2008 (*Auszug*)
10. Tarifvertrag für Auszubildende zur Forstwirtin/zum Forstwirt in forstwirtschaftlichen Verwaltungen, Einrichtungen und Betrieben des Bundes (TVA-Wald-Bund) vom 18. März 2010 (*Auszug*)
11. Tarifvertrag für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Bundesagentur für Arbeit (TV-BA) vom 28. März 2006 (*Auszug*)
12. Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Nachwuchskräfte der Bundesagentur für Arbeit (TVN-BA) vom 28. März 2006 (*Auszug*)
13. Tarifvertrag für die Deutsche Rentenversicherung Bund (TV DRV-Bund) vom 23. August 2006 (*Auszug*)
14. Tarifvertrag für Auszubildende der Deutschen Rentenversicherung Bund (TV Ausb-DRV-Bund) vom 23. August 2006 (*Auszug*)

## Inhaltsverzeichnis

---

15. Tarifvertrag für die Beschäftigten des Bundeseisenbahnvermögens (TV BEV) vom 1. April 2019 (*Auszug*)
16. Tarifvertrag für die Angestellten der Deutschen Bundespost (TV Ang) vom 21. März 1961 für die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost (BAnst PT) (*Auszug*)
17. Tarifvertrag für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Deutschen Bundespost (TV Arb) vom 6. Januar 1955 für die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost (BAnst PT) (*Auszug*)
18. Tarifvertrag für die Auszubildenden der Deutschen Post AG (TV Azb) vom 12. Januar 1976 (*Auszug*)
19. Tarifvertrag über Begleitmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands (UmzugsTV) vom 24. Juni 1996 (*Auszug*)
20. Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen der bei Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten nicht entsandten Arbeitnehmer – Tarifvertrag Arbeitnehmer Ausland (TV AN Ausland) – vom 30. November 2001
21. Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen der bei Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten deutschen nicht entsandten Beschäftigten (TV Beschäftigte Ausland) vom 1. November 2006 (*Auszug*)
22. Tarifvertrag für Arbeitnehmer des Bundes über die Arbeitsbedingungen bei besonderen Verwendungen im Ausland (AuslandsV-TV) vom 9. November 1993

### Teil B

#### Erläuterungen zu den Rechts- und Tarifvorschriften

##### I.

##### Reisekostenrecht

##### Bundesreisekostengesetz (BRKG)

§ 1	Geltungsbereich . . . . .	1
§ 2	Dienstreisen . . . . .	25

## Inhaltsverzeichnis

---

§ 3	Anspruch auf Reisekostenvergütung . . . . .	47
§ 4	Fahrt- und Flugkostenerstattung . . . . .	71
§ 5	Wegstreckenentschädigung . . . . .	111
§ 6	Tagegeld . . . . .	133
§ 7	Übernachtungsgeld . . . . .	135
§ 8	Auslagenerstattung bei längerem Aufenthalt am Geschäfts- ort . . . . .	137
§ 9	Aufwands- und Pauschvergütung . . . . .	139
§ 10	Erstattung sonstiger Kosten . . . . .	151
§ 11	Bemessung der Reisekostenvergütung in besonderen Fällen	179
§ 12	Erkrankung während einer Dienstreise . . . . .	181
§ 13	Verbindung von Dienstreisen mit privaten Reisen . . . . .	183
§ 14	Auslandsdienstreisen . . . . .	185
§ 15	Trennungsgeld . . . . .	187
§ 16	Verwaltungsvorschriften . . . . .	189
<b>Verordnung über die Reisekostenvergütung bei Auslandsdienstreisen (Auslandsreisekostenverordnung – ARV)</b>		
§ 1	Geltung des Bundesreisekostengesetzes, Dienstreiseanord- nung und -genehmigung . . . . .	191
§ 2	Kostenerstattung . . . . .	193
§ 3	Auslandstagegeld, Auslandsübernachtungsgeld . . . . .	194/9
§ 4	Grenzübertritt . . . . .	197
§ 5	Reisekostenvergütung bei längerem Aufenthalt am Ge- schäftsort, Kostenerstattung für das Beschaffen klimagerech- ter Bekleidung . . . . .	199
§ 6	Erkrankung während der Auslandsdienstreise . . . . .	207
§ 7	Übergangsregelung . . . . .	209
§ 8	Inkrafttreten, Außerkrafttreten . . . . .	210/1

## II. Trennungsgeldrecht

### Verordnung über das Trennungsgeld bei Versetzungen und Abordnungen im Inland (Trennungsgeldverordnung – TGV)

§ 1	Anwendungsbereich . . . . .	211
§ 2	Trennungsgeld nach Zusage der Umzugskostenvergütung . . . . .	231
§ 3	Trennungsgeld beim auswärtigen Verbleiben . . . . .	261
§ 4	Sonderbestimmungen beim auswärtigen Verbleiben . . . . .	291
§ 5	Reisebeihilfe für Heimfahrten . . . . .	319
§ 5a	Reisebeihilfe für Heimfahrten bei Einsatz im Rahmen von Unterstützungsmaßnahmen zur Bewältigung der steigenden Zahl von Asylbewerbern . . . . .	324/25
§ 6	Trennungsgeld bei täglicher Rückkehr zum Wohnort . . . . .	325
§ 7	Sonderfälle . . . . .	354/1
§ 8	Ende des Trennungsgeldanspruchs . . . . .	354/9
§ 9	Verfahrensvorschriften . . . . .	354/15
§ 10	Anwendungsvorschrift . . . . .	354/27
§§ 11 bis 14	Änderung anderer Vorschriften . . . . .	354/29
§ 15	Inkrafttreten, Außerkrafttreten . . . . .	354/31

## III. Tarifvorschriften (zurzeit nicht besetzt)

### Vordrucke

Antrag auf Genehmigung einer Dienstreise (Vordruck des BVA) . . . . .	427
Antrag auf Erstattung von Reisekosten – Inland (Vordruck des BVA) . . . . .	431
Antrag auf Erstattung von Reisekosten – Ausland – (Vordruck des BVA) . . . . .	435
Antrag auf Reisekosten-/Umzugskostenerstattung – Ausbildung – (Vor- druck des BVA) . . . . .	441

## Inhaltsverzeichnis

---

Antrag auf Erstattung von Reisekosten wegen Teilnahme an einem BAKöV-Seminar (Vordruck des BVA) . . . . .	445
Antrag auf Erstattung von Reisekosten wegen Teilnahme an mehreren BAKöV-Seminaren (Vordruck des BVA) . . . . .	448/1
Antrag auf Erstattung von Reisekosten für Teilnehmer der Deutschen Islam Konferenz (Vordruck des BVA) . . . . .	449
Reisekostenantrag für mehrere gleichartige Dienstreisen (Vordruck des BVA) . . . . .	451
Reisekostenerstattungsantrag – Vorstellungsreise – (Vordruck des BVA) .	455
Trennungsgeldantrag §§ 3, 4 – Auswärtiges Verbleiben – (Vordruck des BVA) . . . . .	457
Forderungsnachweis – Auswärtiges Verbleiben – (Vordruck des BVA) . .	461
Trennungsgeldantrag § 6 – Tägliche Rückkehr – (Vordruck des BVA) . .	463
Forderungsnachweis – Tägliche Rückkehr – (Vordruck des BVA) . . . . .	467
Antrag auf Trennungsgeld – Ausbildung – (Vordruck des BVA) . . . . .	469
Umzugswilligkeit (Vordruck des BVA) . . . . .	473
Reisebeihilfe – Familienheimfahrt – (Vordruck des BVA) . . . . .	475
Antrag auf Zahlung von Auslandstrennungsgeld (Vordruck des BVA) . .	477
Antrag auf Erstattung von Mietneben- und Wohnungsbewirtschaftungskosten nach Abschnitt VII 2 und VIII 2 der Richtlinie über die Zahlung einer Aufwandsentschädigung an Bundesbedienstete in Fällen dienstlich veranlasster doppelter Haushaltsführung bei Versetzungen und Abordnungen vom Inland ins Ausland, im Ausland und vom Ausland ins Inland (AER) (Vordruck des AA) . . . . .	481
Antrag auf Reisebeihilfe für eine Heimfahrt nach § 13 ATGV (Vordruck des BVA) . . . . .	483
Berechnung des Anspruchszeitraums für Heimfahrten nach § 13 Abs. 4 der Auslandstrennungsgeldverordnung (Vordruck des AA) . . . . .	485
Antrag auf vorherige Genehmigung einer Reisebeihilfe für eine Heimfahrt nach § 13 ATGV (Vordruck des AA) . . . . .	487
Antrag Betreuungskosten für Kinder oder pflegebedürftige Personen gem. § 10 Abs. 2 Satz 4 Nr. 2 BGLiG . . . . .	489

**Band 2**

**Teil C**  
**Ausführungsbestimmungen**

Vorbemerkungen

Liste aufgehobener oder außer Kraft gesetzter Ausführungsbestimmungen

**I.**  
**Ausführungsbestimmungen**  
**des Auswärtigen Amtes (AA)**

1. Berlin-Umzug; hier: Sonderregelungen für Beschäftigte des Auswärtigen Amtes nach dem Umzugstarifvertrag vom 24. Juni 1996 und dem Dienstrechtlichen Begleitgesetz vom 30. Juli 1996.  
**Runderlass vom 1. Dezember 1997 – 113 – RU – 131.**  
**Berlin – (Auszug)**
2. Anwendung der „Richtlinie über die Zahlung einer Aufwandsentschädigung bei doppelter Haushaltsführung aus Anlass von Versetzungen und Abordnungen vom Inland in das Ausland, im Ausland und vom Ausland in das Inland“ (AER).  
**Rundschreiben vom 3. April 2000 – 113-01-131.10 – (GMBL. S. 355) (Auszug)**
3. Auslandstrennungsgeldverordnung; hier: Euroumstellung.  
**Rundschreiben vom 6. Dezember 2001 (GMBL. 2002 S. 130)**
4. Anwendung der „Richtlinie über die Zahlung einer Aufwandsentschädigung an Bundesbeamte in Fällen dienstlich veranlasster doppelter Haushaltsführung aus Anlass von Versetzungen und Abordnungen vom Inland in das Ausland, im Ausland und vom Ausland in das Inland“ (AER) vom 15. Dezember 1997 in der Fassung der Änderung vom 29. März 2000 (GMBL. S. 355); hier: Durchführungshinweis zu Abschnitt VI Abs. 1.  
**Rundschreiben vom 13. Mai 2003 – 113-01-131.10 – (GMBL. S. 522)**



## Inhaltsverzeichnis

---

5. Verordnung über den Zusatz- und Heimaturlaub der in das Ausland entsandten Beamtinnen und Beamten des Auswärtigen Dienstes (Heimaturlaubsverordnung – HUrIV) vom 3. Juni 2002 i. d. F. vom 6. September 2005; hier: Fahrkos-  
tenzuschuss für Heimaturlaubsreisen.  
**Runderlass vom 14. Februar 2007 – 113-3-134.50 –**
6. Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Festsetzung der Pauschalen für Nebenkosten bei Heimaturlaubsreisen vom 3. Juli 2009.  
**Rundschreiben vom 3. Juli 2009 – 113-3-134.50 – (GMBl. S. 835)**
7. Auslandstrennungsgeld nach der Auslandstrennungsgeld-  
Verordnung (ATGV) und Aufwandsentschädigung nach  
der Aufwandsentschädigungs-Richtlinie (AER); hier: Über-  
gangsregelung.  
**Rundschreiben vom 25. März 2011 – 131-01.131.10.  
(19) – (GMBl. S. 242) (Auszug)**
8. Schul- und Kinderreisebeihilfe an Angehörige des Auswärtigen Dienstes (SKRB-VwV) vom 13. Juli 2012; hier: Ände-  
rung der SKRB-VwV.  
**Rundschreiben vom 14. März 2016 – 113-15 – 131.08 –  
(GMBl. S. 478)**
9. Auslandszugskostenverordnung (AUV); hier: Aktuelle  
Übersichten der Umzugspauschalen gem. § 18 – 21 AUV.  
**Rundschreiben vom 29. Juli 2016 – 113-4-134.00 –**
10. Bekanntmachung der Begründung der Verordnung zur  
Neuregelung des Auslandstrennungsgeldrechts und zur Än-  
derung der Auslandszugskostenverordnung.  
**Bekanntmachung vom 23. Juli 2018 (BAnz AT 07.08.2018  
B1)**
11. Bekanntmachung eines Auszugs aus der Begründung der  
Verordnung zur Änderung der Auslandstrennungsgeldver-  
ordnung.  
**Bekanntmachung vom 27. November 2019 (BAnz AT  
20.12.2019 B2)**
12. Bekanntmachung der Erläuterungen und Hinweise des Aus-  
wärtigen Amtes zur Durchführung der Auslandstrennungs-  
geldverordnung (Stand: Januar 2020).  
**Bekanntmachung vom 29. Januar 2020 (BAnz AT  
25.02.2020 B1)**

13. Auslandszugangskostenverordnung (AUV); hier: Liste der Dienstorte, an denen eine Pauschale für die Beschaffung klimabedingter Kleidung gem. § 21 AUV gezahlt werden kann.  
**Rundschreiben vom 26. Mai 2020 – 113-4-134.05/4 –**
14. Auslandstrennungsgeld nach der Auslandstrennungsgeldverordnung (ATGV a. F.) und Aufwandsentschädigung nach der Aufwandsentschädigungsrichtlinie (AER); hier: Übersicht der Prozentsätze der immateriellen Anteile im Auslandszuschlag ab 1. Juli 2021 bzw. 1. Februar 2022.  
**Rundschreiben vom 4. März 2022 – 113-131.10 (11) – (GMBL. S. 399)**
15. Auslandsbesoldung; hier Kaufkraftausgleich.  
**Rundschreiben vom 1. Mai 2022 – 113-81-131.01 –**

### II.

#### Ausführungsbestimmungen des Bundesministeriums der Finanzen (BMF)

1. Buchung von Reisekosten.  
**Rundschreiben vom 2. September 1965 (MinBIFin. S. 452)**
2. Reisekostenerstattung bei Vorstellungreisen; hier: Reisen von Ortskräften, die bei Auslandsvertretungen eingestellt werden sollen.  
**Schreiben an das AA vom 31. Mai 1966 – I B/6 – P 1700 – 89/66 –**
3. Gästezimmer in bundeseigenen und angemieteten Gebäuden; hier: Festsetzung eines angemessenen Entgelts gemäß § 52 BHO.  
**Rundschreiben vom 27. Januar 1975 (MinBIFin. S. 34)**
4. Reisekostenvergütung für Vorstellungreisen; hier: Einstellungsgespräche bei den Vereinten Nationen.  
**Schreiben vom 23. April 1979 – Z B 7 – P 1700 – 20/79 –**
5. Rahmenabkommen über eine Dienstreise-Fahrzeugversicherung.  
**Rundschreiben vom 13. August 1984 – III A 8 – H 4223 – 26/84 –**

## Inhaltsverzeichnis

---

6. Dienstrechtliches Begleitgesetz; hier: Erstattbarkeit der Kosten für nicht regelmäßig verkehrende Beförderungsmittel im Rahmen der Reisebeihilfe.  
**Rundschreiben vom 20. August 1999 – Z B 1 – P 1750 – 33/99 –**
7. Bestimmungen über Amtswohnungen, Umzugskostenentschädigung, Tagegelder und Entschädigung für Reisekosten der Mitglieder der Bundesregierung vom 10. November 1953 (BGBl. I S. 1545), in der im BGBl. III, Gliederungsnummer 1103-1-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Art. 8 Abs. 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1149, 1174)
8. Lohnsteuerliche Fragen bei der Rückzahlung von Arbeitslohn.  
**Rundschreiben vom 10. September 2001 – Z C 3 – O 1959 – 50/01 –**
9. Richtlinien für die Abfindung der Mitglieder von Beiräten, Ausschüssen, Kommissionen und ähnlichen Einrichtungen im Bereich des Bundes.  
**Bekanntmachung vom 31. Oktober 2001 – II A 4 – BA 3401 – 5/01 –, – Z B 1 – P 1724 – 1/01 – (GMBI. 2002 S. 92)**
10. Lohnsteuerliche Behandlung von Leistungen des Arbeitgebers für Fahrten des Arbeitnehmers zwischen Wohnung und Arbeitsstätte; hier: Änderungen ab 1. Januar 2004.  
**Rundschreiben vom 16. Februar 2004 – Z C 3 – O 1959 – 10/04 –**
11. Reisekostenerstattung für Vorstellungsreisen.  
**Rundschreiben vom 8. Juni 2005 – Z B 1 – P 1700 – 2/05 –**
12. Gesetz zur Reform des Reisekostenrechts; hier: Anerkennung des erheblichen dienstlichen Interesses an der Benutzung eines privaten Kraftwagens (§ 5 Abs. 2 BRKG).  
**Runderlass vom 17. August 2005 – III A 5 – H 4223 – 2/05 –**
13. Richtlinien für die Abfindung der Mitglieder von Beiräten, Ausschüssen, Kommissionen und ähnlichen Einrichtungen im Bereich des Bundes (Beiräterichtlinien); hier: Art. 1 des Gesetzes zur Reform des Reisekostenrechts vom 26. Mai 2005 (BGBl. I S. 1418).  
**Rundschreiben vom 28. September 2005 – II A 4 – BA 3401 – 10/05 – (E-VSF: H 07 16–3)**

14. Steuerliche Behandlung des von Organen der EU gezahlten Tagegeldes für in ihrem Bereich verwendete Beamtinnen und Beamte.  
**Rundschreiben vom 12. April 2006 – IV B 3 – S 1311 – 75/06 – (BStBl. I S. 340)**
15. Steuerliche Behandlung des von Organen der EU gezahlten Tagegeldes für in ihrem Bereich verwendete Beamtinnen und Beamte.  
**Rundschreiben vom 23. Juni 2006 – Z C 3 – O 1959 21/02 –**
16. Bezügezahlungen durch das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen – Dienstleistungszentrum – (BADV); hier: Neufassung der Dienstanweisung „Rückzahlung überzahlter Bezüge“.  
**Schreiben vom 10. Mai 2007 – Z C 3 – O 1969/06/0026 –**
17. Richtlinie für die Nutzung von Dienstkraftfahrzeugen in der Bundesverwaltung (DKfzR); hier: Festsetzung der Entgelte für die Nutzung von Dienstkraftfahrzeugen außerhalb der dienstlichen Verwendung.  
**Rundschreiben vom 6. März 2009 – III A 5 – H 1261/09/10001 – 2009/0093578 – (GMBL. S. 339)**
18. Umsatzsteuer/Lohnsteuer; Anwendung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Beherbergungsleistungen (§ 12 Abs. 2 Nr. 11 UStG) ab dem 1. Januar 2010; hier: Folgen für die Umsatz- und Lohnbesteuerung.  
**Rundschreiben vom 5. März 2010 – IV D 2 – S 7210/07/10003, IV C 5 – S 2353/09/10008 –**
19. Rückforderung von Bezügen; hier: Billigkeitsentscheidung gemäß § 12 Abs. 2 Satz 3 BBesG (Absehen von der Rückforderung überzahlter Bezüge); Erhebung von Prozesszinsen.  
**Schreiben vom 20. Februar 2013 – Z B 2 – P 1522/0 :001 –**
20. Ertragsteuerliche Beurteilung von Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Betriebsstätte und von Reisekosten unter Berücksichtigung der Reform des steuerlichen Reisekostenrechts zum 1. Januar 2014; hier: Anwendung bei der Gewinnermittlung.  
**Schreiben vom 23. Dezember 2014 – IV C 6 – S 2145/10/10005 :001 – (BStBl. I 2015 S. 26)**

## Inhaltsverzeichnis

---

21. Dienstwohnungsvorschriften Ausland – DWVA; hier: Neufassung vom 13. April 2015 (GMBL. S. 462) in der Fassung der Änderungsvorschrift vom 29. April 2021 (GMBL. S. 646).  
**Rundschreiben vom 24. April 2015 – Z B 1 – P 1532/07/0002 – 2015/0204681 –**
22. Bestätigung von Rechtsansichten betreffend das Reisekostenrecht.  
**Schreiben vom 19. Mai 2015 – IV C 5 – S 2353/15/10002 –**
23. Dienstreise-Kaskoversicherung des Arbeitgebers für Kraftfahrzeuge des Arbeitnehmers und steuerfreier Fahrtkostenersatz; hier: BFH-Urteil vom 27. Juni 1991 – VI R 3/87 –.  
**Schreiben vom 9. September 2015 – IV C 5 – S 2353/11/10003 –**
24. Schadenshaftung der bei den Bundesbehörden beschäftigten Kraftfahrerinnen und Kraftfahrer im Beamtenverhältnis sowie der Beamtinnen und Beamten, die zumindest zeitweilig mit der Führung eines Kraftwagens beauftragt sind, im Verhältnis zu ihrem Dienstherrn.  
**Gemeinsames Rundschreiben des BMF und BMI vom 19. Dezember 2017 – BMI – D 2 – 30101/1#13, – BMF – Z B 1 – P 1070/17/10002 :001 – (GMBL. 2018 S. 26)**
25. Steuergeheimnis; hier: Mitteilungen der Finanzbehörden zur Durchführung dienstrechtlicher Maßnahmen bei Beamten und Richtern.  
**Schreiben vom 12. Januar 2018 – IV A 3 – S 0130/08/10006 – (BStBl. I S. 201)**
26. Zehnte Verordnung zur Änderung der Sozialversicherungsentgeltverordnung vom 6. November 2018 (BGBl. I Seite 1842); hier: Lohnsteuerliche Behandlung von unentgeltlichen oder verbilligten Mahlzeiten der Arbeitnehmer ab Kalenderjahr 2019.  
**Schreiben vom 16. November 2018 – IV C 5 – S 2334/08/10005-11 –**
27. Sachbezugswert für arbeitstäglige Zuschüsse zu Mahlzeiten.  
**Schreiben vom 18. Januar 2019 – IV C 5 – S 2334/08/10006-01 –**

28. Steuerbefreiung nach § 3 Nummer 15 EStG in der Fassung des Gesetzes zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften (UStAVerM).  
**Schreiben vom 18. August 2019 – IV C 5 – S 2342/19/10007 :001 –**
29. Elfte Verordnung zur Änderung der Sozialversicherungsentgeltverordnung vom 29. November 2019 (BGBl. I Seite 1997); hier: Lohnsteuerliche Behandlung von unentgeltlichen oder verbilligten Mahlzeiten der Arbeitnehmer ab Kalenderjahr 2020.  
**Schreiben vom 17. Dezember 2019 – IV C 5 – S 2334/19/10010 :001 –**
30. Steuerliche Behandlung der Reisekosten von Arbeitnehmern (ersetzt das Schreiben vom 24. Oktober 2014 BStBl. I S. 1412).  
**Schreiben vom 25. November 2020 – IV C 5 – S 2353/19/10011 :006 – (BStBl. I S. 1228)**
31. Steuerliche Behandlung von Reisekosten und Reisekostenvergütungen bei betrieblich und beruflich veranlassten Auslandsreisen ab 1. Januar 2021.  
**Schreiben vom 3. Dezember 2020 – IV C 5 – S 2353/19/10010 :002 – (BStBl. I S. 1256)**
32. Dienstwohnungsvorschriften; Entgelt bei Anschluss der Heizung an dienstliche Versorgungsleitungen gem. § 26 Abs. 3 Satz 2 DWV; hier: Festsetzung für den Zeitraum 2019/2020.  
**Rundschreiben vom 16. Dezember 2020 – Z B 1 – P 1532/15/10003 :006 –**
33. Verordnung zur Änderung der Sozialversicherungsentgeltverordnung und der Unfallversicherungsobergrenzenverordnung vom 15. Dezember 2020 (BGBl. I Seite 2933); hier: Lohnsteuerliche Behandlung von unentgeltlichen oder verbilligten Mahlzeiten der Arbeitnehmer ab Kalenderjahr 2021.  
**Schreiben vom 28. Dezember 2020 – IV C 5 – S 2334/19/10010 :002 –**
34. Lohnsteuer; hier: Gesamtübersicht über die Kaufkraftzuschläge zum 1. Oktober 2021 (§ 3 Nr. 64 EStG).  
**Schreiben vom 2. Juli 2021 – IV C 5 – S 2341/21/10001 :002 –**

## Inhaltsverzeichnis

---

35. Steuerliche Behandlung von Reisekosten und Reisekostenvergütungen bei betrieblich und beruflich veranlassten Auslandsreisen ab 1. Januar 2022.  
**Schreiben vom 27. September 2021 – IV C 5 – S 2353/19/10010 :002 –**
36. Dienstwohnungsvorschriften; Entgelt bei Anschluss der Heizung an dienstliche Versorgungsleitungen gem. § 26 Abs. 3 DWV; hier: Festsetzung für den Zeitraum 2020/2021.  
**Rundschreiben vom 9. Dezember 2021 – Z B 1 – P 1532/15/10003 :007 –**
37. 12. Verordnung zur Änderung der Sozialversicherungsentgeltverordnung vom 6. Dezember 2021 (BGBl. I Seite 5187); Lohnsteuerliche Behandlung von unentgeltlichen oder verbilligten Mahlzeiten der Arbeitnehmer ab Kalenderjahr 2022.  
**Schreiben vom 20. Dezember 2021 – IV C 5 – S 2334/19/10010 :003 –**
38. Lohnsteuerliche Behandlung der Überlassung eines betrieblichen Kraftfahrzeugs an Arbeitnehmer.  
**Schreiben vom 3. März 2022 – IV C 5 – S 2334/21/10004 :001 –**
39. Steuerliche Behandlung von Reisekosten und Reisekostenvergütungen bei betrieblich und beruflich veranlassten Auslandsreisen ab 1. Januar 2023.  
**Schreiben vom 23. November 2022 – IV C 5 – S 2353/19/10010 :004 –**
40. 13. Verordnung zur Änderung der Sozialversicherungsentgeltverordnung vom 16. Dezember 2022 (BGBl. I Seite 2431); hier: Lohnsteuerliche Behandlung von unentgeltlichen oder verbilligten Mahlzeiten der Arbeitnehmer ab dem Kalenderjahr 2023.  
**Schreiben vom 23. Dezember 2022 – IV C 5 – S 2334/19/10010 :004 –**

### III.

#### **Ausführungsbestimmungen des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI)**

*(zurzeit nicht besetzt)*

IV.  
**Ausführungsbestimmungen des Bundesministeriums  
der Verteidigung (BMVg)**  
(zurzeit nicht besetzt)

V.  
**Ausführungsbestimmungen sonstiger  
Normgeber, Behörden und Einrichtungen**

1. Ausführungsvorschriften nach §§ 34 i. V. m. § 12 Abs. 3 Satz 4 AbgG.  
**Schreiben der Präsidentin des Deutschen Bundestages vom 28. Februar 1997 (Auszug)**
2. Bekanntmachung über die Sitzentscheidung der Bundesregierung.  
**Bekanntmachung des Bundeskanzlers vom 22. Juli 1999 (BGBl. I S. 1725)**
3. **Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Januar 2001 (BGBl. I S. 127)**
4. Kürzung des Trennungsgeldes bei Bereitstellung amtlich unentgeltlicher Unterkunft und/oder Gemeinschaftsverpflegung gegen Bezahlung (§ 4 Abs. 5 Trennungsgeldverordnung) im Bereich des Bundesgrenzschutzes.  
**Verfügung des Grenzschutzpräsidiums Mitte vom 16. August 2004 – SB 73 – 16 24 01 –**
5. Gewährung von Trennungsgeld – Kürzung des Trennungsgeldes bei Bereitstellung amtlich unentgeltlicher Unterkunft und/oder Gemeinschaftsverpflegung gegen Bezahlung; hier: § 4 (5) Trennungsgeldverordnung (TGV).  
**Verfügung des Bundespolizeipräsidiums Mitte vom 23. August 2005 – SB 73 – 16 24 01 –**
6. **Organisationserlass der Bundeskanzlerin vom 22. November 2005 (BGBl. I S. 3197)**
7. Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD); hier: Durchführungshinweise zu § 47 TVöD.  
**Erlass des BMVBS vom 16. März 2006 – Z 31/2112.2/6 –**
8. Aufwandsvergütung für beamtete Dienstreisende in der WSV und dem BSH.  
**Erlass des BMVBS vom 17. März 2006 – Z 31/2112.1/10 –**



9. Mindestbestimmungen für Schlaf- und Kochgelegenheiten auf Wasserfahrzeugen.  
**Erlass des BMVBS vom 17. März 2006 – Z 31/2116.6/12 –**
10. Lohnsteuerliche Behandlung von Mahlzeiten, die der Arbeitgeber an den Arbeitnehmer abgibt (Kantinenmahlzeiten und Mahlzeiten aus besonderem Anlass); hier: Änderungen ab 1. Januar 2013.  
**Schreiben des BADV vom 19. April 2013 – K2.26 – O 1959 – 8/13 –**
11. **Organisationserlass der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013 (BGBl. S. 4310)**
12. Lohnsteuerliche Behandlung von Reisekostenvergütungen, Umzugskostenvergütungen und Trennungsgeldern aus öffentlichen Kassen; hier: Änderungen ab 1. Januar 2014.  
**Schreiben des BADV vom 16. Mai 2014 – K2.94 – O 1959 – 08/14 –**
13. Lohnsteuerliche Behandlung von Leistungen des Arbeitgebers für Fahrten des Arbeitnehmers zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte; hier: Änderungen ab 1. Januar 2014.  
**Schreiben des BADV vom 17. Juni 2014 – K2.94 – O 1959 – 9/14 –**
14. Lohnsteuerlichen Behandlung von Reisekostenvergütungen, Umzugskostenvergütungen und Trennungsgeldern aus öffentlichen Kassen; hier: Änderungen ab 1. Januar 2015.  
**Schreiben des BADV vom 8. Dezember 2015 – K 2.94 – O 1959 – 28/15 – (Auszug)**
15. Nutzung von Spartickets der Deutschen Bahn; hier: Entwurf einer Hausmitteilung für die Beschäftigten Ihres Hauses.  
**Schreiben des BVA vom 31. Juli 2017 – 23. 04. 2014 –**
16. **Organisationserlass der Bundeskanzlerin vom 14. März 2018 (BGBl. I S. 374)**
17. **Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 8. Dezember 2021 (BGBl. S. 5176)**

**Teil D**  
**Sonstige Gesetze und Verordnungen**  
*(zurzeit nicht besetzt)*

**Teil E**  
**Rechtsprechung**

1.	Urteil des BVerwG vom 31. Januar 1968 – VI C 49.67 Gesetzliche oder sittliche Unterhaltsverpflichtung, überwiegender Unterhalt, Widerruf der Trennungsgeldbewilligung von Anfang an (ex tunc), Rückforderung überzahlter Bezüge . . . . .	1
2.	Urteil des BVerwG vom 12. Dezember 1969 – VI C 75.67 Mehraufwand und Fahrkosten, Benutzung privat angeschaffter Zeitkarten bei Dienstreisen, keine ungerechtfertigte Bereicherung des Dienstherrn . . . . .	5
3.	Urteil des OVG NRW vom 8. März 1971 – I A 1286/70 Wegstreckenentschädigung nach § 6 Abs. 2 BRKG wird nur für die Fahrten gewährt, für die sie bestimmt ist, nämlich für Fahrten im Rahmen der die Anerkennung nach § 6 Abs. 2 BRKG begründenden Reisetätigkeit . . . . .	11
4.	Urteil des OVG NRW vom 4. September 1972 – I A 1006/71 Sparsamkeitsgrundsatz, notwendige Fahrkosten bei unterschiedlich langen Fahrzeiten . . . . .	15
5.	Urteil des BVerwG vom 13. Dezember 1972 – II WD 30/72 Zum Begriff des „getrennten Haushalts“ i. S. d. § 3 Abs. 2 TGV, auch eine Kasernenunterkunft kann einen getrennten Haushalt begründen, keine Anzeigepflicht, wenn die unterlassene Angabe tatsächlich keinen Einfluß auf die Höhe des Trennungsgeldes hat . . . . .	19
6.	Urteil des OVG NRW vom 23. Oktober 1973 – I A 613/72 Versäumung der Ausschußfrist des § 9 Abs. 1 TGV, „uneingeschränkte“ Umzugswilligkeit, keine Beschränkung des Umzugswillens auf im Besetzungsrecht des Bundes stehende Wohnungen, nach Wegfall des Umzugswillens entsteht kein neuer Trennungsgeldanspruch . . . . .	23
7.	Urteil des OVG NRW vom 4. September 1975 – I A 1211/74	

## Inhaltsverzeichnis

---

	Übernachtungsgeld nach § 10 BRKG steht einem Soldaten nicht zu, wenn er den als Dienstreise zu wertenden typischen militärischen Dienst (Truppendienst, besonderes Dienstgeschäft) nachts durchführt und deshalb eine Unterkunft nicht in Anspruch genommen wird – s. a. das Urteil desselben Gerichts vom 6. 5. 1981 in Nr. 12 . . . . .	29
8.	Urteil des Nds. OVG vom 28. September 1976 – A 36/75 Abgrenzung von Dienstreisen und Dienstgängen, Dienstort ist der Ort der Dienststätte, bei der regelmäßig der Dienst zu leisten ist . . . . .	33
9.	Urteil des BVerwG vom 24. März 1977 – II C 54/73 Aufwandsvergütung nach § 17 BRKG für Berufssoldaten, die befehlsgemäß und zumutbar Gemeinschaftsverpflegung und -unterkunft in Anspruch nehmen; ist die Befolgung des Befehls wegen der besonderen Umstände des Einzelfalles ganz oder teilweise nicht möglich oder nicht zumutbar, können die tatsächlich notwendigen Mehrauslagen nach den allgemeinen Vorschriften über die Aufwandsvergütung hinaus erstattet werden . . . . .	39
10.	Urteil des OVG NRW vom 18. Juni 1979 – I A 2153/78 Bei Abordnungen zu Lehrgängen steht – unabhängig von deren Dauer – Trennungsgeld zu. Reisekostenvergütung wird nur für die Hin- und Rückreise gezahlt. Das gleiche gilt, wenn der Lehrgang bei einer „anderen Stelle als einer Dienststelle“ stattfindet. Neben dem Trennungstagegeld werden Fahrkosten zwischen Lehrgangsstätte und Unterkunft nicht erstattet . . . . .	43
11.	Urteil des Bay. VGH vom 13. Dezember 1979 – Nr. 216 III 78 Zum Begriff der „benötigten Zeit für das Zurücklegen der Strecke zwischen Wohnung und Dienststätte und zurück“ i. S. d. § 3 Abs. 1 Satz 2 TGV . . . . .	47
11a.	Urteil des Bay. VGH vom 26. März 1980 – Nr. 259 XXIV 78 Unterschiedliche Bemessung des Trennungsgeldes für allein-stehende und verheiratete Beamte usw.; kein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz . . . . .	50/1

## Inhaltsverzeichnis

---

12.	Urteil des OVG NRW vom 6. Mai 1981 – 6 A 2910/79 Übernachtungsgeld nach § 10 BRKG steht beim nächtlichen Streifendienst der Polizei ohne Inanspruchnahme einer Unterkunft nicht zu – s. a. das Urteil desselben Gerichts vom 4. September 1975 in Nr. 7 . . . . .	51
13.	Urteil des BVerwG vom 26. Juni 1981 – 6 C 85.79 Zum Begriff des „besonderen dienstlichen Anlasses“ i. S. d. § 1 Abs. 2 Nr. 4 i. V. m. § 23 Abs. 3 BRKG, Kontrollfahrten von Vorgesetzten fallen nicht darunter – s. a. das Urteil desselben Gerichts vom 28. August 1991 in Nr. 23 . . . . .	53
14.	Urteil des BVerwG vom 30. Oktober 1981 – 6 C 1.80 Zum Begriff der „häufigen Dienstreisen nach demselben Ort“ i. S. d. § 17 Abs. 1 Satz 1 BRKG; Lehrer, die außerhalb ihres Dienst- oder Wohnortes Unterricht an einem weiteren Schulort erteilen, werden von § 17 BRKG erfaßt – s. a. das Urteil desselben Gerichts vom 23. Oktober 1985 in Nr. 17 . . . . .	61
15.	Urteil des BVerwG vom 21. April 1982 – 6 C 34.79 Folgen der Ausschlußfrist, keine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, Antrag auf Abschlagszahlung ist kein Antrag auf Reisekostenvergütung, die Berufung der Behörde auf den Fristablauf ist keine unzulässige Rechtsausübung (Ausnahme nur bei „qualifiziertem Fehlverhalten“ der Behörde), keine Belehrungspflicht der Behörde über die einschlägigen Vorschriften . . . . .	65
16.	Urteil des BVerwG vom 14. Februar 1984 – 6 C 46.83 Die Teilnahme eines Gerichtsreferendars an einer Pflichtarbeitsgemeinschaft ist kein Dienstgeschäft i. S. d. Reisekostenrechts. Reisekosten können nur nach den Vorschriften über die Kostenerstattung bei Ausbildungsreisen erstattet werden. Dienstort des Gerichtsreferendars ist der Sitz der Behörde oder Dienststelle, der er zur Ausbildung zugewiesen ist . . . . .	69
17.	Urteil des BVerwG vom 23. Oktober 1985 – 6 C 3.84	

## Inhaltsverzeichnis

---

	Dienstort ist die politische Gemeinde, in der die Behörde oder Dienststelle ihren Sitz hat, der der Beamte als Inhaber einer Planstelle oder aufgrund einer Abordnung zugewiesen ist. Befinden sich Teile oder Nebenstellen der Behörde oder Dienststelle in einer anderen Gemeinde, so ist als Dienstort der Ort anzusehen, an dem der Beamte ständig oder überwiegend Dienst leisten muß. Häufige Dienstreisen nach demselben Ort führen nicht dazu, daß der Beamte zwei Dienstorte hat. In diesem Falle ist eine Aufwandsvergütung nach § 17 BRKG festzusetzen – s. a. das Urteil desselben Gerichts vom 30. Oktober 1981 in Nr. 14 . . . . .	73
18.	Urteil des BVerwG vom 25. Juni 1986 – 6 C 101.84  Eine nähere Bestimmung der obersten Dienstbehörde nach § 17 BRKG kann den Anspruch auf die Aufwandsvergütung nur insoweit beschränken, als dies nach den allgemeinen Vorschriften des Bundesreisekostengesetzes zulässig ist. Die Aufwandsvergütung ist so zu bemessen, daß die dienstlich veranlaßten, notwendigen Mehraufwendungen erstattet werden. Entscheidung zur „Bauzugzulage“ für Beamte der Deutschen Bundesbahn . . . . .	77
19.	Urteil des BVerwG vom 14. Januar 1987 – 6 C 14.85  Der Reisekostenvergütungsanspruch entsteht erst in dem Zeitpunkt, in dem der Berechtigte die Reisekostenvergütung fristgerecht beantragt und seine Erstattungsforderung im einzelnen belegt. Eine Abschlagszahlung hat nur dann Erfüllungswirkung, wenn ein erfüllbarer Anspruch erwachsen, d. h., die Reisekostenvergütung fristgerecht beantragt ist. Anderenfalls ist sie in der Regel zurückzuzahlen . . . .	81
20.	Urteil des BVerwG vom 10. August 1987 – 6 C 30.85  Wird eine mehrtägige Dienstreise angeordnet, darf deren Erforderlichkeit im Rahmen der Reisekostenabrechnung nicht mehr angezweifelt werden. Dem Dienstreisenden steht für die ersten 14 Tage das Tagegeld für mehrtägige Dienstreisen zu. § 16 Abs. 4 BRKG ist zu beachten. Durch ein vorübergehendes Verlassen des Geschäftsortes aus dienstlichen oder persönlichen Gründen wird der Aufenthalt am Geschäftsort i. S. d. § 11 Abs. 1 BRKG nicht unterbrochen . .	85
21.	Urteil des OVG RLP vom 19. Juli 1989 – 2 A 106/88	

## Inhaltsverzeichnis

---

	Zur Kürzung der Übernachtungskosten, die die Kosten des Frühstücks einschließen (§ 10 Abs. 3 Satz 3 BRKG), zur Verbindung von Dienst- und Urlaubsreisen . . . . .	89
22.	Urteil des BVerwG vom 11. Dezember 1990 – 6 C 33.88  Widerruf der Trennungsgeldbewilligung bei Änderung der allgemeinen Verwaltungsvorschriften, Sachdienlichkeit einer Klageänderung, Voraussetzungen für den Widerruf eines rechtmäßigen begünstigenden Verwaltungsaktes . . . . .	93
23.	Urteil des BVerwG vom 28. August 1991 – 10 C 4.91  Zum Begriff des „besonderen dienstlichen Anlasses“ i. S. d. § 1 Abs. 2 Nr. 4 i. V. m. § 23 Abs. 3 BRKG, Fahrten eines Sanitätsoffiziers zwischen Wohnung und Krankenhaus im Rahmen seiner „Rufbereitschaft“ fallen nicht darunter, arbeitszeitrechtliche Gesichtspunkte sind insoweit nicht maßgebend – s. a. das Urteil desselben Gerichts vom 26. Juni 1981 in Nr. 13 . . . . .	99
24.	Urteil des BVerwG vom 15. Dezember 1993 – 10 C 11.91  Weicht der ständige Beschäftigungsort eines Beamten von dem Ort seiner Planstellenbehörde ab, wird der Beschäftigungsort als tatsächlicher Mittelpunkt der Aufgabenwahrnehmung reisekostenrechtlich zum neuen Dienstort – s. a. die Urteile desselben Gerichts vom 30. Oktober 1981 in Nr. 14 und vom 23. Oktober 1985 in Nr. 17 sowie das Urteil des OVG Lüneburg vom 28. September 1976 in Nr. 8 . . . . .	103
25.	<i>zurzeit nicht besetzt</i>	
26.	Urteil des Nds. OVG vom 12. Februar 2002 – 5 LB 3680/01 – 3 A 795/00  Die uneingeschränkte Umzugswilligkeit ist auch dann unabdingbare Voraussetzung für den Bezug von Trennungsgeld, wenn zwingende persönliche Umzugsverzögerungsgründe einem Umzug zunächst entgegenstehen. In diesem Fall hat der Berechtigte so rechtzeitig mit der Wohnungssuche zu beginnen, dass der Umzug nach Wegfall der Hinderungsgründe durchgeführt werden kann. Vom Berechtigten nicht geltend gemachte, aus den Unterlagen jedoch erkennbare Umzugsverzögerungsgründe sind nicht von Amts wegen zu berücksichtigen. Grenzen der Fürsorgepflicht . . . . .	109

## Inhaltsverzeichnis

---

- 26a. Urteil des VG Regensburg vom 7. Dezember 2005 – RN 3  
K 05.00419 – juris, Art. 2 § 12 Abs. 2 ENeuOG
1. Für die der DB AG zugewiesenen Beamten gelten bei Dienstreisen das Bundesreisekostengesetz und die Trennungsgeldverordnung.
2. Die Konzernrichtlinie „Firmenreise“ kann nur angewendet werden, wenn das BRKG und die TGV keine Regelung enthalten oder bei Ermessensvorschriften . . . . . 112/1
27. Urteil des OVG Berlin-Brandenburg vom 8. November 2006 – 4 B 14.05
- Kosten für eine am Dienstort angemietete Unterkunft sind keine notwendigen und damit erstattungsfähigen Kosten im Sinne des Trennungsgeldrechts, wenn der Bedienstete eine in seinem Eigentum stehende Wohnung am Dienstort oder in dessen Nähe beziehen kann . . . . . 113
- 27a. Urteil des OVG Berlin-Brandenburg vom 11. Juni 2007 – OVG 4 B 15.05
- Kosten für eine von dem Beamten am neuen Dienstort angemietete Wohnung im Eigentum des Ehegatten sind jedenfalls dann keine notwendigen Kosten im Sinne des Trennungsgeldrechts, wenn die Wohnung gerade deshalb auf den Namen des Ehegatten angeschafft worden ist, um dem Beamten eine trennungsgeldbegünstigte Unterkunft zu verschaffen. In diesem Fall ist der Beamte trennungsgeldrechtlich so zu behandeln wie ein Beamter, der am neuen Dienstort eine in seinem Eigentum stehende Wohnung beziehen kann (s. dazu Senatsurteil vom 8. November 2006 – OVG 4 B 14.05 – DÖD 2007, 113) . . . . . 116/1
28. Urteil des BVerwG vom 30. April 2009 – BVerwG 2 C 17.08
- Als zwingendes persönliches Umzugshindernis ist es auch anzusehen, wenn sich das Kind des Beamten oder Soldaten in der vorletzten Jahrgangsstufe eines auf 12 Jahre angelegten schulischen Bildungsgangs befindet, der in einer einheitlichen zweijährigen Qualifikationsphase zu einem weiterführenden Schulabschluss (hier: Fachabitur) führt . . . . . 117
29. Urteil des BVerwG vom 21. September 2010 – 2 C 54/09

## Inhaltsverzeichnis

---

Der Begriff der Verpflegung in § 6 BRKG umfasst Essen und Trinken. Zu einem unentgeltlichen Mittagessen i. S. d. § 6 Abs. 2 Satz 1 BRKG gehört ein Getränk . . . . .	123
--	-----

### Teil F

### Formulare, Vordrucke und Merkblätter

### Stichwortverzeichnis